

SHORT NEWS

Le gouvernement poursuit ses rafles

Et c'est reparti. Après les refoulements de plusieurs douzaines de réfugié-e-s durant les vacances d'été, les rafles ont repris. Hier matin, 13 demandeurs d'asile originaires du Monténégro et de Macédoine ont été embarqués par la police. Parmi eux figure Azra, une élève de 14 ans d'origine macédonienne inscrite en 6e au Lycée Aline Mayrisch (LAML). Le cas de la jeune fille, vivant au Luxembourg depuis six ans, a soulevé une émotion très vive auprès de ses camarades de classes ainsi que de ses enseignant-e-s. En témoignent notamment les nombreuses interventions de personnes choquées sur le forum de rtl.lu. Dans un communiqué de presse commun, la communauté scolaire du LAML, le comité des élèves du LGL, l'Unel, la Jonk Lénk, les Jonk Gréng et Unity ont appelé à manifester ce jeudi sur la Place Clairefontaine pour protester contre ces refoulements. De plus, ils accusent le ministre délégué à l'Immigration, Nicolas Schmit (LSAP), de ne pas avoir tenu parole en refoulant une élève pendant l'année scolaire. Ce dernier s'est justifié en arguant que la famille d'Azra aurait refusé un retour « volontaire » pendant les vacances d'été. Jeudi, le tribunal a décidé de la conformité du refoulement. Le directeur du LAML en personne, Gaston Ternes, y est allé plaider la cause d'Azra.

Wahlthema Gentech

Mit der Vorstellung ihrer Charta für ein „Luxemburg 2009 ohne GMO“ zeigen die Gentechnik-GegnerInnen ein weiteres Mal, wie man effizientes Lobbying betreibt. Ziel ist es, möglichst viele Parteien dazu zu bringen, die Forderungen der Charta in ihre Wahlprogramme aufzunehmen. Dabei geht es unter anderem um ein Moratorium für die Zulassung neuer „Genetisch modifizierter Organismen“ auf EU-Ebene und um die Einrichtung Gentechnik-freier Zonen. Die 23 Organisationen, welche die Charta ausgearbeitet haben, reichen von „Aide à l'enfance de l'Inde“ bis zum Konsumentenschutz ULC. Die Parteien links von der LSAP dürften mit den Forderungen wenig Probleme haben, derweil CSV und ADR, in Einklang mit ihrer katholisch-bäuerlichen Urklientel die Charta wohl ebenfalls unterzeichnen werden. Weil auch die DP gerade auf grünem Territorium „wildert“, darf man vor allem auf die Haltung der LSAP gespannt sein. Dem wirtschaftsfreundlichen und auf Kompetenz und Diversifizierung bedachten Minister Jeannot Krecké zum Beispiel werden Forderungen wie die nach einem patentfreien Zugang zu genetischen Ressourcen kaum schmecken.

woxx@home

Proletarier aller Gruppen ...

In der woxx ist das Wahlieber ausgebrochen. Nicht etwa, dass wir schon Wetten abschließen, wer ab nächstem Juni die Koalitionsregierung im Ländchen stellen soll. Auch herrscht eine gewisse Gelassenheit bezüglich des Wahlausgangs in den USA. Nein, es sind die Sozialwahlen, die für einigen Gesprächsstoff sorgen. Denn eigentlich hatten sich die woxx-MitarbeiterInnen darauf eingestellt, in der Gruppe 5 „secteur des services et autres branches“ zu wählen. Da wo auch einige JournalistenkollegInnen kandidieren - und die Chefs der großen Gewerkschaften. Doch jetzt trüdelten die Wahlzettel ins Haus mit den Namenslisten der Gruppe 2 „autres industries“. Wie das Einheitsstatue es will, ist die Zugehörigkeit des Arbeitgebers ausschlaggebend: Die woxx ist „éditeur“ und wird demnach der Druckereibranche zugeordnet. Und die findet sich eben in Gruppe 2. Zusammen mit Betrieben wie DuPont, Goodyear und Heintz van Landewyck. „Da kenne ich ja keinen auf der Liste“, so die Reaktion eines Mitarbeiters, der sich jetzt entscheiden muss, ob ihm eher Kunstfasern, Reifen oder Tabak zusagen. Aber immerhin: Dem Klassenbewusstsein dürfte diese Nähe zu den ArbeiterInnen der Faust gut tun.

AKTUELL

OMBUDSMAN

Mehr Bürgernähe

Christiane Walerich

Die Verwaltungen arbeiten zu langsam und sind oft zu untransparent. Auf der Strecke bleibt der Bürger - so der Ombudsman bei der Vorstellung des Jahresberichtes.

„Was sind Rechte wert, die nicht in einem angemessenen Zeitraum eingefordert werden können und so zu Lasten der Betroffenen gehen? Was sind Rechte wert, die nicht aufgrund eines kontradiktorischen Verfahrens garantiert sind? Und was sind Rechte wert, die der Bürger nicht kennt?“, fragte der Ombudsman, Marc Fischbach, anlässlich der Vorstellung des Jahresberichtes diese Woche. Im Kreuzfeuer vieler Beschwerden standen auch diesmal Verwaltungsstrukturen, die teils zu schleppend funktionieren oder die den Bürger über ihn betreffende Rechte nicht entsprechend in Kenntnis setzen. „Partikularinteressen werden zum Teil nicht genügend berücksichtigt - indem die Entscheidung einer Verwaltung oder eines Ministers einem Bürger eine exzessive Last auferlegt, die nicht mehr dem entspricht, was der Gesetzgeber ursprünglich bezweckt hatte“, stellt Fischbach fest. So seien im Zeitraum vom 1. Oktober 2007 bis zum 30. September 2008 rund 925 Beschwerden eingegangen. Dies sei die gleiche Anzahl wie im Vorjahr - jedoch sei die Zahl der fundierten Beschwerden gestiegen: In rund 82 Prozent der Fälle seien Klagen berechtigt gewesen und eine Verwaltung musste ihre Entscheidung überdenken.

Den Spitzenplatz der Beschwerdenliste belegt der Gemeindefaktor mit insgesamt 163 Beschwerden. Hier hätten viele Klagen mit umständlichen und langwierigen Prozeduren für Bauprojekte zu tun. So habe etwa ein Landwirt seinen Betrieb an einen anderen Ort verlegen wollen. Da das Projekt nicht ins Landschaftsbild passe, musste der Bauer es mehrmals für sehr viel Geld umarbeiten lassen - um letztlich nach zwei Jahren das Projekt von den zuständigen Behörden dennoch verworfen zu bekommen. „Auf diese Weise wird das Vertrauen der Bürger in die Verwaltungen nicht gestärkt“, stellt Fischbach fest.

An zweiter Stelle rangieren die sozialen Versicherungsorgane mit rund 121 Beschwerden, gefolgt von den Finanzverwaltungen mit 120 Klagen. Viele Einwände haben hier mit der Auszahlung des Kindergeldes zu tun.

Immerhin soll diese Verwaltung - laut Fischbach - im nächsten Jahr 25 neue Posten erhalten.

Weiter haben rund 64 Beschwerden mit dem Immigrationsministerium zu tun. Hier erwartet der Ombudsman, dass aufgrund des neuen Immigrationsgesetzes die Beschwerdenanzahl in den nächsten Jahren steigen wird: „Ich denke, dass das neue Immigrationsgesetz in seiner Ausgestaltung zwar qualitativ besser ist, jedoch ist der praktische Spielraum für die Auslegung teilweise sehr groß.“

Rund 58 Einwände des Jahresberichtes hatten mit dem Arbeitsamt zu tun. Hier gebe es Schwachstellen was die Abläufe und die individuelle Begleitung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen anbelangt, meint Fischbach. So sei das Gesetz vom 22. Dezember 2006, das eine größere Effizienz in puncto individueller Begleitung vorsehe, nicht so umgesetzt worden, wie es der Gesetzgeber vorgesehen hatte. Es fehle nach wie vor ein wirklich nützlicher Integrationsplan, der die Kompetenzen von Arbeitsuchenden genauer erfasst, damit diese nicht dem Ermessen eines Arbeitsvermittlers unterliegen. Auch müssten Arbeitsvermittler eine adäquate Ausbildung haben. „Wichtig wäre eine strukturelle Reorganisation des Arbeitsamtes, eine Neuverteilung der Verantwortung, eine eher kollegial organisierte Direktion“, so Fischbach.

Neben den eingegangenen Beschwerden in seinem Jahresbericht kam Fischbach auch auf die sieben Empfehlungen zu sprechen, die er an entsprechende Ministerien oder Verwaltungen erlassen hatte. Hier steht noch immer eine Stellungnahme von Justizminister Luc Frieden aus: Keine Reaktion gab es bisher zu der vom Ombudsman empfohlenen Neuverteilung der Kompetenzen im Strafvollzug.